



Gemeinsame - öffentliche - Sitzung

53. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie

55. Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

9. Dezember 2020

cCe Kulturhaus Leuna, Spergauer Straße 41a, 06237 Leuna

Tagesordnung:

Seite:

1. Vorstellung der InfraLeuna GmbH

Selbstbefassung - **ADrs. 7/UMW/88**

Berichterstattung und Beratung

3

2. Bilanz des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie über die Arbeit im Jahr 2020 und Ausblick auf das Jahr 2021 im Rahmen des Jahresabschlussgesprächs

Selbstbefassung - **ADrs. 7/UMW/87**

Berichterstattung durch die Landesregierung und Beratung

23

3. Verschiedenes

Schreiben des ehemaligen Kuratoriums „Naturmonument Grünes Band Sachsen-Anhalt“

33

Nächste Sitzungen

33

Anwesende:**Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Energie:**

Abg. Jürgen Barth, Vorsitzender	SPD
Abg. Detlef Gürth	CDU
Abg. Andreas Schumann	CDU
Abg. Lydia Funke	AfD
Abg. Andreas Gehlmann	AfD
Abg. Volker Olenicak	AfD
Abg. Kerstin Eisenreich	DIE LINKE
Abg. Hendrik Lange	DIE LINKE
Abg. Silke Schindler	SPD
Abg. Wolfgang Aldag	GRÜNE

Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Abg. Dietmar Krause	CDU
Abg. Hannes Loth	AfD
Abg. Willi Mittelstädt	AfD
Abg. Daniel Roi	AfD

Von der Landesregierung:**vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie:**

Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert
Staatssekretär Klaus Rehda
Staatssekretär Dr. Ralf-Peter Weber

Andere Sitzungsteilnehmer:

Dr. Christof Günther (InfraLeuna GmbH, Geschäftsführer)

Niederschrift:

Stenografischer Dienst

Vorsitzender Jürgen Barth eröffnet die gemeinsame öffentliche Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse für Umwelt und Energie sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten fest.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung der InfraLeuna GmbH

Selbstbefassung - A Drs. 7/UMW/88

Die Ausschüsse hatten sich darauf verständigt, im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung eine Vorstellung der InfraLeuna GmbH entgegenzunehmen.

Der nachfolgende Vortrag wird mithilfe einer Präsentation illustriert; diese wird im Nachgang der Sitzung als **Vorlage 1** verteilt.

Dr. Christof Günther, Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH: Ich begrüße Sie alle herzlich im Kulturhaus in Leuna. Ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, die InfraLeuna vorzustellen und Sie über aktuelle Entwicklungen auf unserem Chemiestandort ins Bild zu setzen.

Das Kulturhaus, in dem wir uns befinden, gehört zur InfraLeuna, stellt eines der kleinen Geschäftsfelder dar und ist auch eines der Geschäftsfelder, bei dem man mehr Geld mitbringen muss, als man wieder herausbekommt; das gilt insbesondere in diesem Jahr. Umso mehr freut es mich, dass wir heute hier in diesem Haus zusammen sind, dass hier wieder ein bisschen Leben stattfindet und dass diese beiden Ausschüsse zu Gast sind, die für uns eine große Bedeutung haben.

Der Chemiestandort Leuna ist mit einer Fläche von 13 km² und ringsherum einem Zaun und einer Mauer der größte Chemiestandort in Deutschland. Wir haben einen Standortumsatz von ungefähr 7,5 Milliarden € im Jahr. Wenn ich andere Gäste habe, dann erkläre ich oftmals: Je nachdem, wie der Rohölpreis steht, kann es auch in Richtung 10 Milliarden € gehen. Das Budget des Landes Sachsen-Anhalt beläuft sich auf 11 Milliarden €. Daran sieht man, dass der Standort auch in der Perspektive des Landes Sachsen-Anhalt ein hohes Gewicht hat.

Der Produktumschlag beträgt 12 Millionen t. Sehr viele Raffinerie- und Chemieprodukte werden hier in einem großen Umfang hergestellt. Aktuell sind mehr als 10 000 Beschäftigte an unserem Standort tätig. Das ist eine Ballung, wie man sie in dieser Form in Ostdeutschland nicht noch einmal findet.

In der Darstellung des Standorts sticht besonders die im Süden gelegene neu gebaute Total-Raffinerie heraus. Außerdem sind die verschiedenen Chemieinvestoren erkennbar; ungefähr 30 Chemieunternehmen sind am Standort tätig. In Summe sind mehr als 100 Unternehmen tätig; hierzu zählen auch eine Reihe von Dienstleistungsunternehmen sowie Infrastrukturen und Flächen der InfraLeuna. Das heißt, das Leunakombinat, wie es früher als ein Unternehmen bestanden hat, ist im Zuge der Privatisierung aufge-

teilt und verkauft worden und liegt mittlerweile nun in den Händen von Unternehmen aus mehr als zehn Ländern, die hier gemeinsam arbeiten.

Die InfraLeuna GmbH ist gewissermaßen die Klammer um das Ganze. Der Werk-schutz bewacht den Standort; das ist die InfraLeuna. Sozusagen halten wir das von außen her zusammen und alles das, was im Inneren abläuft, basiert auf den gemein-samen Infrastrukturen, die sich im Eigentum der InfraLeuna befinden und von uns be-trieben werden. Das ist ein sehr komplexes Geschäft. Es ist auch ein Geschäft, wie man es in dieser Komplexität anderenorts nicht findet. Es gibt auch hier im Lande an-dere Chemiestandorte; dort spielen die Chemieparkgesellschaften eine andere Rolle. Die InfraLeuna GmbH ist mit mehr als 750 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber am Standort und deckt die gesamte Infrastruktur ab. Das ist sehr vielgestaltig und es hat für unsere Kunden den Vorteil, dass sie sich voll und ganz auf ihre Chemieproduktion betreiben konzentrieren können, und alles, was überdies benötigt wird, wird von der InfraLeuna bereitgestellt und funktioniert dann sehr komfortabel, effizient und aus einer Hand.

Aktuell haben wir ein sehr reges Investitionsgeschehen. Im Zeitraum von 2014 bis 2023 werden am Chemiestandort Leuna Investitionen in Höhe von ca. 2,2 Milliarden € getätigt. Allein in den Jahren von 2020 bis 2023 werden es Investitionen in Höhe von 1,2 Milliarden € sein. Das ist eine Dimension, wie wir sie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen in Leuna noch nie hatten. Es ist - so hat es eine Zeitung geschrieben - aktuell die größte Industriebaustelle. Es gibt in Deutschland abgesehen von Tesla in Grünheide keine größere Industriebaustelle als diese hier aktuell in Leuna. Das hat verschiedene Ursachen, auf die wir gern noch einmal zurückkommen können. Die In-vestoren sind zum Teil Bestandskunden, die am Standort schon viele Jahre tätig sind. Zum Teil sind es neue Unternehmen, die mit neuen und auch sehr zukunftsweisenden Produkten gerade an unseren Standort gekommen sind.

Der stoffliche und energetische Verbund ist eine ganz wesentliche Basis dafür, dass wir gerade auch diese neuen Investitionen gewinnen konnten. An dieser Stelle nimmt die InfraLeuna eine führende Position im Wettbewerb ein. Der Wettbewerb um diese Neuinvestitionen ist sehr hart. Hierbei hatten wir in den letzten Jahren immer wieder die Nase vorn gehabt und dabei spielt unser Verbund eine ganz entscheidende Rolle. Der Standort ist also gut aufgestellt für die Zukunft.

Der Chemiestandort lässt sich grob in zwei Teile gliedern. Nördlich der Bahnlinie befin-det sich der Werkteil I, südlich der Bahnlinie befindet sich der Werkteil II mit der großen Halde. Auf dem Werkteil I befand sich zu früheren Zeiten die Leuna-Raffinerie. Die To-tal-Raffinerie wurde auf einem neuen Grundstück errichtet, das Anfang der 90er-Jahre extra beschafft wurde, um die neue Raffinerie dort aufbauen zu können. Der Standort der früheren Leuna-Raffinerie wurde oberirdisch beräumt und steht seither für neue Ansiedlungen zur Verfügung. Dort hat in den letzten Jahren eine Vielzahl an Neuau-

siedlung stattgefunden. Dort soll auch eines der größten Vorhaben in naher Zukunft erfolgen; durchgeführt wird dieses durch die UPM Biochemicals GmbH.

UPM ist die finnische Firma United Paper Mills, eines der größten Unternehmen in Finnland. Das Geschäft wird weiterentwickelt vom Papier Business hin zur Chemie und zu neuen Chemieprodukten, die auf nachwachsenden Rohstoffen basieren. Das Investitionsvolumen für die neue Raffinerie beträgt 550 Millionen €. Es ist die größte Einzelinvestition seit dem Bestehen der InfraLeuna. Es ist auch die größte Investition an diesem Chemiestandort, die im Wettbewerb unter rein marktwirtschaftlichen Bedingungen zustande kommt. Ich betone dies deshalb, weil die Total-Raffinerie ein noch größeres Investitionsvolumen aufgewiesen hat, diese Ansiedlung aber ein sehr wichtiger industriepolitischer Schritt in den 90er-Jahren war, der auch stark subventioniert wurde. Das ist bei der UPM-Bioraffinerie anders; hierbei handelt es sich um ein kommerzielles Projekt. Hierfür gibt es Fördermittel im Umfang von 20 Millionen €, die angesichts des gesamten Investitionsvolumens irrelevant sind. Es ist gut, dass es diese Förderung gibt; denn sie ist ein wichtiges Signal für den Investor; in den Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen ist diese Förderung jedoch eher von nachrangiger Bedeutung.

Bei dem Geschäft, das UPM hier aufbauen will, geht es um Ethylenglykol. Das ist für die Zukunft des Standorts sehr vielversprechend; denn hierbei handelt es sich um eine Plattformchemikalie, auf deren Basis sehr viele nachgelagerte weitere Produktionsstufen aufgebaut werden können. Bereits heute gibt es hieran ein großes Interesse aus verschiedensten Richtungen. Insgesamt bewegt sich dieses Thema in einem stark wachsenden Markt, sodass auch von einer starken Dynamik in den nächsten Jahren auszugehen ist.

Vorsitzender Jürgen Barth: Ich habe eine Zwischenfrage zu diesem Thema. Nachwachsende Rohstoffe sind Grundstoffe für diese Firma. Um welche Rohstoffe handelt es sich dabei?

Dr. Christof Günther: Es handelt sich um Holz, und zwar um Laubholz, noch genauer um Buchenholz ganz überwiegend. Für dieses Projekt stand InfraLeuna eigentlich gar nicht auf der Liste. Die Finnen haben vor fast zehn Jahren begonnen, sich mit der Standortfrage zu befassen. Dafür haben sie eine Waldkarte von Deutschland und von Europa genommen, haben geguckt, wo potenzielle Industriestandorte in der Nähe von größeren Laubholzgebieten liegen, und haben dann eine Liste von 20 potenziellen Standorten erstellt. Der Standort Leuna befand sich zunächst nicht auf dieser Liste. Denn da es in Leuna gute Böden gibt, wurden diese von unseren Vorfahren für den Ackerbau genutzt und die Wälder sind infolgedessen verschwunden. Nachdem die InfraLeuna aber von dem Projekt der UPM gehört hat, haben wir uns darum gekümmert. Schließlich konnten wir neben vielen anderen Faktoren eben auch unsere Logistikkompetenz ausspielen. Wir haben vor Ort eine starke Bahnlogistik. Die InfraLeuna

betreibt mehr als 20 eigene Lokomotiven, mit denen wir auch in ganz Deutschland unterwegs sind. Und so haben wir ein sehr effizientes Logistikkonzept auf die Beine gestellt, das die Finnen dann überzeugt hat. UPM kam dann zu dem Entschluss, dass ihr Beschaffungsradius für den Rohstoff am Standort Leuna größer ist und sie dadurch bessere Konditionen im Einkauf erzielen kann.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass zur Gewinnung des Holzes, das als Rohstoff dient, nicht die heimischen Wälder abgeholzt werden; sondern gerade das Gegenteil ist der Fall. Das Holz, das in der Anlage verarbeitet werden wird, fällt bei der normalen forstwirtschaftlichen Pflege an, die unserer Wälder brauchen, um gedeihen zu können. Das Holz wird heute ganz überwiegend verheizt. Buchenholz ist kein Bauholz, weil es sehr stark zum Aufquellen neigt. Im Möbelbau wird Buchenholz auch eher weniger eingesetzt, weil es durch die Maserung nicht sonderlich attraktiv ist. Es ist also ein Rohstoff, der heute überwiegend verheizt wird. Mit der Verwendung dieses Rohstoffs in der Bioraffinerie wird der Kohlenstoff, der im Rohstoff gebunden ist, natürlich auch langfristig gebunden in den Anwendungen der Kunststoffindustrie.

Das Projekt ist, lange bevor wir überhaupt sicher waren, ob wir das gewinnen können, auch im Ministerium vorgestellt worden. Ich bin auch heute noch sehr dankbar dafür, dass bei diesem Treffen sehr positive Signale ausgesendet wurden in Richtung der Finnen. Denn das Projekt passt auch sehr gut in die Strategie des Ministeriums, nämlich eine nachhaltige Forstwirtschaft anzureizen, indem wir keine Monokulturen und keine großen Fichtenbestände mehr anbauen, wie wir sie in Mitteldeutschland vielerorts haben, sondern eine bessere Durchmischung zu erreichen, damit auch stabilere Waldbestände erreicht werden können. Das funktioniert natürlich am besten dann, wenn die Besitzer des Waldes auch attraktive Absatzmärkte für ihr Produkt sehen. Insofern reizt also auch diese Nachfrage nach dem Rohstoff Buchenholz die bessere Durchmischung der Forste an. Darüber hinaus wird UPM auch nur zertifizierte Hölzer verwenden. Das heißt, das Ansinnen des Ministeriums, die Zertifizierung in den Wäldern voranzutreiben, wird durch den Anspruch, den UPM stellen, weiter befördert. Das bedeutet letztlich, dass nicht nur ein nachhaltiger Rohstoff verwendet wird, sondern dass die Verwendung dieses Rohstoffs auch förderlich ist für die Weiterentwicklung unserer Forsten und somit insgesamt sehr vorteilhafte Auswirkungen für das Land erreicht werden können.

Abg. Detlef Gürth (CDU): Der Standort Buna stand immer für Chlorchemie und am Standort Leuna ist Erdöl im Stoffverbund eine wesentliche Grundlage für ganz viele Produkt und Firmen, die hier ansässig sind. Haben die Dekarbonisierungsdiskussionen und die Entwicklungen, die in diesem Zusammenhang stattfinden, Auswirkungen auf den Standort Leuna und die hier tätigen Unternehmen?

Die beiden Schlüsselindustrien Raffinerie und Cracker bilden die Grundlage für das, was am Standort überhaupt passieren kann. Wie sieht es mit der Thematik Cracker

aus? Hierbei handelt es sich um eine teure Investitionen und uns sind die Diskussionen der letzten Jahre hierzu bekannt.

Könnten Sie noch einige Ausführungen zur Wasserstoffstrategie etc. tätigen?

Vorsitzender Jürgen Barth: Grundsätzlich können Fragen am Ende des Vortrags gestellt werden. Konkrete Fragen zu einzelnen Projekten lasse ich zwischendurch zu.

Dr. Christof Günther: Zum ersten Teil der Frage kann ich eine ganz kurze Antwort geben. In der anschließenden Diskussion können wir sicher die weiteren Themen zur zukünftigen Entwicklung und zur Wasserstoffstrategie vertiefen.

Zur weiteren Frage, zur Raffinerie und zum Cracker. Die Raffinerie ist nach wie vor Zentrum des Rohstoffverbundes im mitteldeutschen Chemiedreieck. Daran wird sich auf absehbare Zeit auch nichts ändern. Natürlich gibt es die Entwicklung in Richtung nachwachsende Rohstoffe, wie ich sie gerade beschrieben habe. Wenn man sich allerdings die Mengen ansieht, um die es hierbei geht, dann ist das Rohöl als Rohstoff auf absehbare Zeit weiterhin unentbehrlich.

Sprechen Sie den zweiten Cracker oder den Bestandcracker an? Für den zweiten Cracker sehe ich im Moment überhaupt keine Perspektive. Wir sind froh, wenn der erste Cracker weiterhin so gepflegt wird, dass er seinen Dienst für die Region tun kann. Das liegt leider nicht in unserem Einflussbereich; der Cracker steht in Böhlen und er gehört der Dow GmbH. Wir können die Infrastruktur in Leuna wettbewerbsfähig gestalten, aber letztlich brauchen wir einen insgesamt funktionierenden Verbund im mitteldeutschen Chemiedreieck; dabei spielt der Cracker eine wichtige Rolle. Ich glaube aber, dass auch durch die Entwicklung bei uns die Perspektiven für den Bestandscracker positiv sind.

Zurück zu den vorgesehenen Projekten am Standort Leuna. Die LEUNA-Harze GmbH plant eine Investition in einem Umfang von 20 Millionen €. Dieses Projekt steht in einem größeren Kontext. Insgesamt hat dieses inhabergeführte mittelständische Unternehmen an unserem Standort seit seinem Bestehen 420 Millionen € in den letzten Jahren investiert. Das ist enorm und es handelt sich um eine tolle Erfolgsgeschichte der Privatisierung. Denn die Produktion von Harzen der Leunawerke war ein Geschäft mit einer eher problematischen Perspektive; damals betrug die Jahresproduktion lediglich 5 000 t. Heute werden pro Jahr mehr als 100 000 t produziert. Das Unternehmen LEUNA-Harze GmbH ist ein europäischer Marktführer geworden. Dies ist eine starke Entwicklung, die auch für die Windindustrie ganz wichtig ist; die Rotorblätter der Windenergieanlagen bestehen zu großen Teilen aus Epoxidharzen und hierfür ist die LEUNA-Harze GmbH ein wichtiger Lieferant.

Ein weiteres Projekt, das im vierten Quartal 2021 umgesetzt werden soll, ist die Wasserstoff-Elektrolyseplattform des Fraunhofer Institutes. Hierbei handelt es sich um eine Testplattform. Es ist also kein kommerzielles Projekt, sondern ein Versuchsfeld der Fraunhofer-Gesellschaft, das an diesem Standort aufgebaut wird, und zwar aus vielen Gründen. Wenn man Wasserstoff erzeugen will, dann muss man das hier in Leuna machen. Die Projekte hierzu sind im Moment unwirtschaftlich. Wenn man sich aber entscheidet, ein unwirtschaftliches Projekt zu realisieren, dann ist es am wenigsten unwirtschaftlich in Leuna. Das liegt daran, dass hier die infrastrukturellen Voraussetzungen vorhanden sind; hier kann der Wasserstoff aus der Elektrolyse getrocknet und verdichtet und in die vorhandenen Pipelines eingespeist werden. Der in der Elektrolyse ebenfalls anfallende Sauerstoff kann auch direkt in die Pipelines eingespeist werden und stoffwirtschaftlich genutzt werden. Aus meiner Sicht geht es zunächst um die stoffwirtschaftliche Nutzung; den Wasserstoff zu verheizen können wir uns aktuell nicht leisten. Darüber, wie sich das künftig entwickeln wird, werden wir noch diskutieren können.

Weiterhin ansprechen möchte ich das Projekt von TOPA Advanced Polymers. Bei diesem Projekt spielt ebenfalls Ethylen eine wichtige Rolle. Dieser Kunde ist auch ein Abnehmer des Crackers aus Böhlen und leistet einen Beitrag, dass der Cracker eine Perspektive hat. Bei dem Projekt geht es um Cycloolefin-Copolymere. Hierbei handelt es sich um hochwertige Kunststoffe, die sich sehr gut recyceln lassen und die solche Produkte ersetzen können, die bisher schwer recycelt werden konnten. Das betrifft beispielsweise Folien, die aus mehreren Lagen erzeugt werden müssen, um die entsprechenden Produkteigenschaften zu erreichen. Da diese Folien in multiplen Layers aufgebaut sind, können sie nur noch schwer recycelt werden. Solche Folien lassen sich mit Cycloolefine aus einem Rohstoff herstellen, weil sich das Eigenschaftenspektrum dieses Werkstoffs für diesen Zweck sehr gut nutzen lässt. Nebenbei handelt es sich hierbei um eine sehr große Investition; die mehr als 100 Millionen € beträgt. Die Japaner sind sehr zurückhaltend bei der Kommunikation solcher Zahlen; deswegen müssen wir an dieser Stelle auch Zurückhaltung üben. Ich kann aber sagen, dass es sich um das zweitgrößte Projekt, das wir in Leuna seit dem Bestehen der InfraLeuna gewonnen haben, handelt.

Ein weiteres vorgesehene Projekt bezieht sich auf die Schaffung von Infrastrukturen durch die InfraLeuna GmbH, insbesondere die Erweiterung der Infrastruktur und einen Holzlagerplatz. Dies betrifft das Logistikkonzept, das bereits angesprochen wurde. Umfangreiche Infrastrukturen im Werk I sind davon berührt. Wir bauen eine neue Infrastruktur auf, wie wir sie im Werk II haben und wie sie in Werk I mit dem Verschwinden der Raffinerie zurückgebaut wurde. Diese Maßnahmen betreffen Kühlwerke, Deionatanlagen, Schaltanlagen, Dampfleitungen, Druckluftherzeugung und vieles mehr. Auch eine Brücke, die in diesen Tagen über die Bahn geschlagen wurde, soll neu gebaut werden. Es handelt sich um enorme Infrastrukturinvestitionen, für die wir - das darf ich

nebenbei sagen - keine Förderung erhalten. Diese geplanten Investitionen müssen wir selbst bezahlen. Die InfraLeuna hat in diesem Jahr eine Finanzierung über 214 Millionen € bei privaten Banken aufgenommen - so etwas haben wir noch nie gemacht -, um all das auf die Beine stellen zu können. Diese Mittel müssen wir verdienen und wir müssen sie zurückzahlen. Das ist eine anspruchsvolle Situation, die auch durchaus anders ist als an anderen Standorten.

Unsere Erfolgsfaktoren: Internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Flexibilität Schnelligkeit und Ausdauer. Das ist eine sehr pauschal Aussage, über die man lange diskutieren kann. Schnelligkeit hat natürlich etwas mit der Frage zu tun, wie wir die Infrastrukturen aufbauen. Wir sind ein privates Unternehmen. Ich habe eben gesagt, dass wir keine Fördermittel bekommen. Wir können als privates Unternehmen aber auch schneller agieren als es eine Kommune oder eine Gebietskörperschaft tun könnte. Das spielt eine große Rolle; denn wenn sich der Investor einmal entschieden hat, dann kann es gar nicht schnell genug gehen und dann muss man das einfach hinkriegen. In einer anderen Konstellation würden wir das nicht schaffen.

One-stop-shop - die InfraLeuna ist ein kompetenter Partner in allen Fragen der Ansiedlung. Das Geschäft ist sehr vielfältig. Es umfasst Themen wie Feuerwehr, Werkschutz, Wasser, Abwasser, Kühlung, Druckluft, Strom, Gas, Dampf, Rohstoffe, Behördenkontakte usw. Wir wollen der Partner sein, der all diese Fragen für die Kunden löst. An dieser Stelle brauchen wir auch die Zusammenarbeit mit der Landesregierung und mit den Behörden des Landes, um zu helfen, um schnell genug zu sein und dann im Wettbewerb entsprechend die Nase vorn zu haben.

Die gesellschaftliche Akzeptanz ist ebenfalls ein großes Thema. Wir haben in der Region die Affinität zur Chemie. Es gibt hier keine diffusen Ängste, sondern eher sehr viel Sachverstand in der Nachbarschaft und auch ein starkes Interesse daran, dass sich der Chemiestandort weiterentwickelt. Es ist für die Kommunen und für die Nachbarn klar, dass die Wohlfahrt der gesamten Region an dieser Industrie hängt. Wir alle haben gespürt, welche Konsequenzen es für die Kommunen und die Menschen in der Region hat, wenn eine Industrie nicht mehr funktioniert. Insofern sind die Menschen in der Region sensibilisiert und unterstützen die Entwicklung am Standort mit voller Überzeugung.

Ausgeprägte Verbundwirtschaft. Der Standort muss einfach besser sein, als wenn eine Anlage irgendwo auf die grüne Wiese gestellt wird. Das gelingt durch den Stoffverbund, den Rohstoffverbund mit den verschiedenen Produktionsanlagen, die wir hier haben, und auch im energetischen Verbund, der uns sehr wettbewerbsfähig macht. Kurze Genehmigungsprozesse sind ganz wesentlich. Weitere Erfolgsfaktoren sind, dass der Standort geschlossen ist und eine moderne Infrastruktur aufweist.

Ganz bewusst herausstellen möchte ich auch die hervorragende Fachkräfteverfügbarkeit; darüber kann man sicherlich diskutieren. Wir wehklagen nicht, dass wir keine Fachkräfte bekommen. Nach meiner Erfahrung schreien bei diesem Thema diejenigen am lautesten, die ihren Leuten die schlechtesten Konditionen bieten. Das ist in der Chemie anders. Die Kompetenz der Beschäftigten wird auch hier durch vernünftige Tarife honoriert. Die Stellen können mit sehr guten Mitarbeitern besetzt werden; und zwar auch besser als in anderen Teilen Deutschlands. Das ist aus meiner Sicht ein Wettbewerbsvorteil. Wir haben auch keinen Mangel an Fachkräften. Wir haben in der Region nach wie vor einen Mangel an gut bezahlten Industriearbeitsplätzen. An dieser Stelle muss sich viel mehr tun.

Schließlich haben wir eine ausgezeichnete logistische Anbindung an Straßen- und Schienensysteme und eine tolle Infrastruktur sowohl am Standort als auch ringsherum. Das hilft natürlich sehr. Damit wäre ich am Ende meiner Ausführungen und stehe für Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Jürgen Barth: Sie könnten die zweite Frage von Herrn Gürth beantworten.

Dr. Christof Günther: Ihre zweite Frage, Herr Gürth, betraf das Thema Wasserstoff. Generell darf ich vorausschicken: Es ist wirklich gut, dass Sie heute in Leuna sind. Die Themen, die Sie fachlich bewegen und die auch unsere Branchen bewegen, finden hier am Standort statt, und zwar in einer Form, wie man es eben anderenorts nicht sieht. Wir sind bei den Themen nachwachsende Rohstoffe und Wasserstoff im Wettbewerb ganz weit vorn.

Zu den nachwachsenden Rohstoffen. Das Projekt von UPM ist ein industrielles Projekt. Es ist kein Projekt, wie andere Projekte, die man aktuell sieht, bei denen man sich politisch entschieden hat, beispielsweise eine Batterieindustrie aufzubauen, deswegen eine Kathodenfabrik errichten muss und entsprechende Fördermittel ausreicht. Bei dem UPM-Projekt handelt es sich um ein kommerzielles Projekt, bei dem der Investor ohne irgendwelche staatlichen Garantien voll ins Risiko geht und im Wettbewerb einen Standort gesucht hat, an dem er das Projekt am besten umsetzen kann.

Vor zehn Jahren hat UPM mit der Standortsuche begonnen. In der Schlussphase ist Leuna in den Wettbewerb eingetreten und hat gute Unterstützung seitens des Landes erfahren, aber nicht in dem Sinne, dass die Schatulle geöffnet wurde, sondern indem man gesagt hat, das passe gut in die Strategien im Land und deswegen sei das Projekt zu unterstützen in dem Maße, wie es möglich sei im Rahmen von Genehmigungsverfahren und Ähnlichem. Aber letztlich trägt der Investor das Risiko und er muss diese enorme Investition wirtschaftlich zum Erfolg führen.

Das ist einzigartig. Es gibt kein vergleichbares Projekt in Europa, weder im Hinblick auf die Größenordnung noch im Hinblick auf die Technologie. Insofern sind mit diesem Projekt große Zukunftserwartungen verbunden.

Beim Thema Wasserstoff gilt das Gleiche. Es gibt zahllose Projekte in Deutschland mit Power-to-x; meistens steht am Ende Wasserstoff. Dieser Wasserstoff wird methanisiert und letztlich wieder in das Gasnetz eingespeist. Die bestehenden Projekte sind kleinteilig, da sie unwirtschaftlich angelegt sind und man sich ein unwirtschaftliches Projekt auch nur bis zu einer gewissen Dimension gönnen kann.

Das Projekt des Fraunhofer Instituts zur Wasserstoffelektrolyseplattform, das auf 5 MW ausgelegt ist, ist schon relativ groß dimensioniert, aber gemessen an den Dimensionen unserer Industrie immer noch klein. Insofern geht es darum, ausgehend von einem solch kleinen Projekt weiter vorwärtszukommen, und zwar angesichts des Umstandes, dass die Wasserstoffprojekte nach wie vor unwirtschaftlich sind. Die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung sind in Leuna besser als irgendwo anders. Wenn man ein solches Projekt also realisiert, sollte man es auch vor dem Hintergrund der Kosten in Leuna umsetzen. Im Absatz ist der Wasserstoff vielseitig verwendbar. Man kann damit eine Brennstoffzelle füllen und damit einen Bus fahren lassen. Man kann den Wasserstoff aber auch für die Beheizung eines Hauses verwenden usw. Aber da es um die Effizienz geht, sollte man den Wasserstoff auch dort verwenden, wo er die höchste Wertschöpfung erzielt; das ist nicht beim Verheizen der Fall, sondern bei der stofflichen Nutzung im Chemieprozess.

Wasserstoff wird in Leuna in einer Dimension erzeugt, wie es das in Ostdeutschland nirgendwo anders gibt. Leuna ist der größte Produktionsstandort für Wasserstoff. Ein großer Teil des hier erzeugten Wasserstoffs wird nicht nur im Chemie-, sondern auch im Raffinerieprozess eingesetzt. In den Hydrierungsprozessen der Raffinerie werden große Mengen an Wasserstoff benötigt. An dieser Stelle liegt möglicherweise auch der Schlüssel zur Beantwortung der Frage, wie eine wirtschaftliche Erzeugung von Wasserstoff erfolgen kann. Aktuell gibt es Bemühungen, bei der Umsetzung der Emissionsminderungsrichtlinie der Europäischen Union in deutsches Recht zu berücksichtigen, dass grüner Wasserstoff, wenn er in Produktionsprozesse eingeht, auf die Bioquoten angerechnet wird.

Derzeit gelten entsprechende Quoten beim Treibstoff; Ethanol muss in bestimmten Sätzen zugemischt werden, damit der Kraftstoff an den Tankstellen verkauft werden kann. Wenn diesen grünen Anteil im Treibstoff künftig Wasserstoff bildet, der im Raffinerieprozess bei der Erzeugung des Kraftstoffs eingesetzt wurde, dann ersetzt man den einen Teil, der subventioniert werden muss, durch einen anderen Teil, der dann vielleicht nicht mehr subventioniert werden muss, weil er gegenüber dieser subventionierten Methode wirtschaftlicher ist und dadurch vielleicht auch verhindert wird, dass Nahrungsmittel zu Treibstoff verarbeitet werden.

Das ist ein wichtiger Aspekt. Wenn eine Verständigung in diese Richtung gelingt, dann besteht auch eine bessere Perspektive für die Erzeugung von Wasserstoff am Standort. Es gibt aktuell auch kommerzielle Projekte, über die noch nicht gesprochen werden kann, die in ihrer Dimension aber weit über das hinausgehen, was aktuell im Rahmen des Fraunhofer-Projekts umgesetzt werden soll, und die auch größer sind als alles, was es derzeit in Deutschland gibt. Darüber wird zu gegebener Zeit wahrscheinlich in der Zeitung zu lesen sein.

Abg. Dietmar Krause (CDU): Die Produktionen in den Leunawerken sind sehr stromintensiv. Wie wirkt sich die Strompreiserhöhung auf die Bilanzen aus und wie wirken Sie dem entgegen?

Dr. Christof Günther: Energie am Standort ist ein großes Thema. Die Zahlen kennt die Ministerin auch. Wir verbrauchen am Standort so viel Strom wie 60 % der Haushalte des gesamten Landes Sachsen-Anhalt. Also der Standort Leuna bildet die größte Ballung an Stromverbrauch und auch an Stromerzeugung in Sachsen-Anhalt, abgesehen vom Kraftwerk Schkopau. Wenn man es im globalen Maßstab betrachtet, wenden wir den Strom hier so effizient wie nirgendwo anders an. Mit unseren Chemieprodukten befinden wir uns im globalen Wettbewerb. Das Polyamidgranulat, das aus Leuna kommt, ist genauso gut, wie ein Polyamidgranulat, das im Nahen Osten produziert wurde oder auch in China - das sind die Wettbewerber, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Strom ist ein ganz wesentlicher Rohstoff, der in diesen Produktionsprozess eingeht und der deswegen natürlich wettbewerbsfähig sein muss.

Vor ungefähr sechs Jahren wurde im Rahmen einer der verschiedenen Novellierungen des EEG darüber diskutiert, ob es richtig sei, dass die Industrie Entlastungen bei der EEG-Umlage erfahre, die Haushalte jedoch nicht. Ich habe damals die Zahlen für unseren Standort einmal durchgerechnet. Damals haben wir als Standort eine EEG-Umlage in Höhe von 15 Millionen € bezahlt, alle Kunden in Summe. Wenn die Ermäßigungen weggefallen wären, dann hätten wir zum damaligen Zeitpunkt 75 Millionen € bezahlt; heute wäre dieser Betrag wesentlich größer; denn die Umlage ist seither dramatisch gestiegen. Mit dieser Umlage in Höhe von insgesamt 75 Millionen € wäre keine der Anlagen mehr wettbewerbsfähig gewesen; das heißt, sie wären abgestellt worden. Der Betrag in Höhe von 15 Millionen €, der bis zu diesem Zeitpunkt an EEG-Umlage gezahlt wurde, hätte nicht mehr gezahlt werden können, da kein Strom mehr verbraucht worden wäre, auf den man hätte eine Umlage erheben können. In der Konsequenz hätte dies bedeutet, dass die Haushalte auch diesen Teil der EEG-Umlage hätten zahlen müssen und davon Haushalte in der Region betroffen gewesen wären, die kein Einkommen mehr gehabt hätten, weil die Arbeitsplätze verlorengegangen wären.

Diese Berechnung soll plastisch zeigen, wie bedeutsam es ist, dass bei allen energiepolitischen Diskussionen darüber auch immer gründlich geprüft wird, welche Auswirkungen sich für die Industrie ergeben. Ich führe in diesem Zusammenhang auch oft an, dass es richtig ist, dass wir Strom sparen wollen und effizienter werden wollen, dass es für uns aber auch darum geht, weniger Strom pro Produkteinheit zu verbrauchen. Natürlich wollen wir weiter wachsen und absolut mehr Strom verbrauchen. Denn jede Megawattstunde, die wir am Standort mehr verbrauchen, ist Stromverbrauch, der in der globalen Perspektive positiv ist, weil die Energieeffizienz, die wir hier haben, an anderen Standorten, mit denen wir konkurrieren, überhaupt nicht vorhanden ist; denn dort wird viel mehr Strom verbraucht, um die Menge an Produkteinheiten wie wir zu erzeugen.

Wenn eine bestimmte Menge an Granulat aus Leuna kommt, dann ist das besser für den Planeten - das sage ich einmal ganz platt -, als wenn die gleiche Menge aus dem Nahen Osten kommt. Je mehr Granulat aus Leuna kommt, umso besser ist es. Das klingt vielleicht ein bisschen pointiert, aber ich glaube, wenn wir es miteinander zu Ende denken, dann müssen wir uns darin einig sein, dass es richtig und gut ist für uns, dass es aber auch in der globalen Perspektive gut ist. Mir ist es auch wichtig, es an dieser Stelle direkt auf den Punkt zu bringen; denn letztlich sind wir bei dieser Entwicklung aufeinander angewiesen und sollten möglichst in die gleiche Richtung denken.

Die InfraLeuna GmbH bedient die gesamte Energiewertschöpfungskette für den Standort. Das betrifft den Erdgaseinkauf - die InfraLeuna GmbH ist der zweitgrößte Erdgaseinkäufer in Ostdeutschland - sowie die Erzeugung von Strom und Dampf in den eigenen Kraftwerken - die InfraLeuna GmbH ist auch einer der größten Erzeuger in Ostdeutschland. Ferner betreibt die InfraLeuna die Strom-, Dampf- und Gasnetze am Standort. In diesem Zusammenhang ist es von Vorteil, dass in Sachsen-Anhalt die Regulierungsbehörde für die Strom- und Gasnetze als Landesbehörde agiert. Es ist gut, dass diese wichtige Aufgabe nicht in der Organleihe an die Bundesnetzagentur nach Bonn gegangen ist - diese Überlegung gab es vor einigen Jahren -, um Personal in der Verwaltung einzusparen. Das wäre fatal gewesen. Die entsprechende Behörde agiert stattdessen auf der Landesebene und hat daher auch einen Blick für die besonderen Konstellationen im Land, den eine Mammutbehörde in Bonn am Rhein niemals hätte haben können, die mit Leuna nichts hätten anfangen können.

Aus den von der InfraLeuna betriebenen Netzen wird die Energie den Kunden bereitgestellt. Hierzu gehört noch eine Handelsstufe. Die InfraLeuna GmbH ist auch eine der größten Energiehändler in Mitteldeutschland und betreibt ungefähr 6 000 bis 7 000 Energiehandelsgeschäfte jährlich. Das heißt, die InfraLeuna GmbH ist mit ihren Kernkraftwerken am Strommarkt aktiv, reagiert auf die Bewegungen, die es an der Börse gibt, und optimiert auf diese Weise ihr Portfolio. In diesen Tagen herrscht eine Dunkelflaute; es ist zwar keine kalte Dunkelflaute, aber eine Dunkelflaute, da wenig Wind weht und fast keine Energieerzeugung aus Wind- und Solarenergie erfolgt. Das führt

dazu, dass zu bestimmten Stunden die Strompreise sehr hoch sind und auch die Netze einen Stabilisierungsbedarf haben. An dieser Stelle ist die InfraLeuna GmbH sehr aktiv, erzeugt derzeit Strom für den Markt, verdient damit auch Geld, weil die Preise sehr hoch sind, und leistet einen Beitrag für die Netzstabilität dadurch, dass die wegfallende Erzeugung aus den erneuerbaren Energien kompensiert wird.

Das gleiche Prinzip wird auch umgekehrt angewendet: Wenn der sonnige windige Tag kommt, an dem wenig Energie verbraucht wird, aber viel Energie erzeugt wird, dann reduziert die InfraLeuna GmbH die eigene Erzeugung auf ein absolutes Minimum und entlastet die Netze, indem sie den Strom einnimmt. Der Strom ist tendenziell, wenn er im Überfluss vorhanden ist, auch kostengünstig zu haben. Indem die InfraLeuna GmbH mit ihrer flexiblen Erzeugung an den Märkten arbeitet, ist sie in der Lage, ihr Portfolio zu optimieren und den Kunden letztlich auch vorteilhafte Energiepreise zu gewähren. Das führt dazu, dass die Kunden in Leuna günstiger versorgt werden als an irgendeinem anderen Standort in Deutschland.

Abg. Volker Olenicak (AfD): Sie sprachen von günstigen Strompreisen. In welchem Spektrum bewegen Sie sich? Könnten Sie die Zahlen für uns ein bisschen greifbarer machen?

Dr. Christof Günther: Dieses Thema ist sehr spannend. Wir haben in den letzten zwei Wochen Rekordpreise an der Börse gesehen, die bis auf 16 000 €/MWh hinausliefen. An einem sonnigen Tag kostete der Strom minus 50 €/MWh. Das bedeutet, bei Abnahme von 1 MWh hätten Sie 50 € erhalten. Das sind die Volatilitäten, die man mittlerweile am Markt sieht. Die Spitzenpreise entstehen immer dann, wenn Prognosen nicht eintreten, wenn also eine hohe Windlast prognostiziert wurde, der Wind aber ausbleibt; dann fehlt der Strom. Wenn man dann Strom braucht, dann muss man diesen teuer einkaufen.

Leider habe ich noch nie 1 MWh für 16 000 € verkauft. Das liegt auch daran, dass man das Risiko streuen muss. Wir müssen die Kraftwerke auch in einer vernünftigen Weise fahren und staffeln dann die Vermarktung. Wenn ein Preis von 16 000 €/MWh erzielt werden kann, dann ist das quasi ein Lotteriegewinn. Aber das ist die Spreizung an den Märkten. Gerade in Wochen wie diesen ist die Volatilität ausgesprochen hoch. Es kommen dann andere Unsicherheiten hinzu, die ebenfalls die Märkte bewegen. Wenn jemand verkündet, er habe gerade einen Impfstoff gefunden, dann steigen auf einmal die Preise. Wenn sich herausstellt, dass dieser Impfstoff stark gekühlt werden muss und nur zur Hälfte vorhanden ist, dann sinken die Preise wieder. Je nachdem, was Herr Johnson dann vielleicht gerade noch gemacht hat, bewegt das auch die Märkte. Das ist aber in diesen Commoditymärkten üblich; das betrifft den Strommarkt genauso wie Öl- oder Aktienmärkte. Aber auf dem Strommarkt gibt es auch die Einflüsse aus der Erzeugung, über die wir gesprochen haben.

Abg. Lydia Funke (AfD): Meine Fragen beziehen sich auch auf die Energieerzeugung und die Eigenversorgung am Standort. Sie sagten, Sie hätten eigene Kraftwerke usw. Aber das Thema Strukturwandel ist eben doch auch ein brennendes Thema. Die Diskussionen über die Abschaltung von Kraftwerken haben auch den Chemiestandort hier berührt. Wie verhält sich das jetzt? Wie ist man diesbezüglich verblieben? Dazu fehlt mir ein bisschen der Einblick. Irgendwann hat man die Diskussion aus den Augen verloren. Wie stellt sich der aktuelle Stand dar? Es steht nun fest, wann das Kraftwerk Schkopau abgestellt werden soll. Wie ist man angesichts dessen auch im Hinblick auf Alternativen verblieben? So wird unter anderem davon gesprochen, Gaskraftwerke zu installieren. Ich weiß nicht, ob das auch in diesem Fall erfolgen soll. Wie sichern Sie Ihren Standort, damit letztlich nicht so viele Arbeitsplätze verlorengehen?

Dr. Christof Günther: Die Versorgungszuverlässigkeit ist für die Chemie existenziell. Wenn eine Einsenkung um 20 % in der Spannung erfolgt, dann fallen die ersten Anlagen aus. Dies kann zu einem Kaskadeneffekt führen, in dessen Folge der Standort stillgelegt werden muss. Wir reden also nicht einmal über eine Unterbrechungen in der Versorgung, sondern lediglich über Absenkungen in der Spannungshöhe. Das ist für uns ein ganz zentrales Thema. Deswegen haben wir die Diskussionen, die in Bezug auf die Abschaltungen geführt wurden, auch mit gewisser Sorge gesehen.

Sie haben Schkopau angesprochen. Die Perspektive für dieses Kraftwerk ist bis zum Jahr 2034 eigentlich gesetzt. Für unseren Standort ergibt sich daraus, dass wir eigene Erzeugungsanlagen, und zwar gasbefeuerte Erzeugungsanlagen vor Ort betreiben und aktuell auch ein Kraftwerk durch einen Ausbau in seiner Leistung verdreifachen. Das erfolgt nicht vor dem Hintergrund eines Programms zum Strukturwandel, bei dem Mittel für ein neues Kraftwerk bereitgestellt werden, sondern für dieses Kraftwerk gilt das gleiche wie für alle anderen Investitionen der InfraLeuna: Das muss wirtschaftlich sein und das Geld, das darin investiert wird, muss letztlich auch wieder verdient werden können. Der Um- bzw. Ausbau dieses Kraftwerks ist im Übrigen die größte Einzelinvestition der InfraLeuna seit dem Bestehen des Unternehmens. Das Kraftwerk soll 2022 in Betrieb gehen.

Was die Netzstabilität angeht, ist es beruhigend, dass in dem Ausstiegsgesetz vorgezogenen Monitoringzeitpunkte vorgesehen sind. Ursprünglich war es vorgesehen, dass 2022 erstmals geprüft wird, ob die Netze stabil laufen können. Dieser Zeitpunkt wurde um ein Jahr vorgezogen. Im nächsten Jahr wird man schon gut abschätzen können, wie sich die Situation darstellen wird.

Aktuell haben die ersten Versteigerungsrunden für die Steinkohle-Stilllegung stattgefunden. Eine Kapazität von 6 000 MW geht zum 1. Januar außer Betrieb. Die zweite Versteigerungsrunde findet bis zum 4. Januar 2021 statt; dann gehen die nächsten Kraftwerke außer Betrieb. Insofern wird es bereits im nächsten Jahr eine Reihe von

Entwicklungen in diesem Bereich geben. In der Folge wird sich zeigen, wie mit diesen Veränderungen umgegangen werden kann.

In diesem großen politischen Prozess haben wir keine Einflussmöglichkeiten. Wir haben aber die Verantwortung dafür, dass er Standort stabil läuft. Diese Verantwortung haben wir in den letzten Jahren wahrgenommen, indem wir die Anlagen flexibilisiert haben; das heißt die Kraftwerksanlagen, die heute in Leuna betrieben werden, sind flexibler als irgendeine andere Kraftwerksanlage. Das sage ich mit vollem Selbstbewusstsein, zumal wir natürlich auch mit den Kollegen der verschiedenen Chemiestandorte darüber reden, was in der Energieversorgung auf die Beine gestellt wird. Dabei nehmen wir in Leuna eine Vorbildrolle ein.

Das Kraftwerk, das aktuell neu errichtet wird, ist eine Anlage, die es in ihrer Bauform bisher noch nicht gibt. Wir hatten dabei den Anspruch, das Kraftwerk sehr flexibel aufzustellen. Das wird eine Anlage sein, die aus zwei Gasturbinen besteht, die auf zwei Abhitzeessel speisen, die wiederum auf eine Dampfturbine gehen. Diese Anlage kann mit einer Gasturbine im Solobetrieb, mit einer Gasturbine im Kombibetrieb sowie mit zwei Gasturbinen im Kombibetrieb gefahren werden. Eine Zusatzfeuerung kann zudem geschaltet werden. Solche Flexibilität ist bei anderen Anlagen dieser Art nicht vorhanden. Nur, weil wir so flexibel arbeiten, hat das Kraftwerk auch eine wirtschaftliche Perspektive; so sehe ich das. Wir haben gerade über die Volatilitäten am Markt gesprochen.

Wenn man diesen Bewegungen folgen kann, dann hat man aus meiner Sicht auch langfristig eine Perspektive. Es nützt aber überhaupt nichts, ein hocheffizientes Kraftwerk mit einem fantastischen Wirkungsgrad zu haben, wenn nicht eine hohe Flexibilität besteht. Denn dann würde mit einem hohen Wirkungsgrad defizitärer Strom erzeugt. Dieses Unterfangen hat dann irgendwann ein natürliches Ende. Das heißt, Flexibilität ist das A und O. Dafür stellen wir uns auf; dafür sind wir schon sehr gut aufgestellt. Deswegen denke ich auch, dass wir mit dem Konzept für unseren Standort eine sichere Perspektive schaffen können.

Vorsitzender Jürgen Barth: Sie sprachen vorhin davon, dass der Standort weiter wachsen soll. Mir stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit ausreichend Flächen hierfür zur Verfügung stehen, zumal bereits Investitionen auch kurzfristig geplant sind. Wie weit kann sich der Standort noch ausdehnen? Sind denn vor Ort alle Flächen auch schon soweit saniert, dass sie genutzt werden können, oder gibt es weiteren Sanierungsbedarf, dem nachgekommen werden muss?

Dr. Christof Günther: Mit den großen Investitionen, die wir derzeit umsetzen, ist die Verfügbarkeit von großen zusammenhängenden Flächen am Ende. Das heißt, der nächste Investor, der eine zusammenhängende Fläche in einer Größenordnung von 20 ha braucht, passt nicht mehr an diesen Standort. Wir können kleinere Vorhaben,

auch solche, die man räumlich separieren kann, noch unterbringen und auch die Besiedlungsdichte weiter erhöhen. Große zusammenhängende Vorhaben passen an diesen Standort jedoch nicht mehr.

Deshalb gibt es dieses Projekt der Erweiterung des Standorts jenseits der B 91. Dabei geht es darum, ein Industriegebiet von 150 ha zu erschließen. Das gebe uns neue Wachstumsperspektiven. Das Vorhaben ist jedoch kompliziert umzusetzen; denn wie vorhin ausgeführt ist die InfraLeuna nicht berechtigt, Mittel im Rahmen des Strukturwandels zu beanspruchen. Wir bekommen keine Förderung. Und wenn man keine Förderung für den Ankauf und für die Erschließung dieser Grundstücke bekommt, dann kann man dieses Risiko wirtschaftlich nicht schultern. Deshalb versuchen wir im Schulterschluss mit dem Landkreis, eine Konstellation auf die Beine zu stellen, bei der mit einer Entwicklungsgesellschaft Landerwerb und möglicherweise auch Teile der Erschließung realisiert werden können und wir dadurch die Möglichkeit bekommen, Erschließung, Betrieb und Vermarktung als InfraLeuna zu steuern. Die Umsetzung dieser Idee ist sehr komplex. Wir haben gute Kooperationspartner und sind uns darin einig, dass wir gemeinsam etwas auf die Beine stellen wollen. Aber dafür benötigen wir Zeit und der Ausgang ist aus meiner Sicht auch nach wie vor ungewiss. Aber das ist zumindest der Weg, den wir jetzt verfolgen, um künftige Wachstumsperspektiven zu eröffnen.

Die Sanierung der Flächen ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Es gibt immer wieder Baufelder, bei denen man im Laufe der Arbeiten auf allerlei Problemstellungen stößt, wie Bomben, Kontaminationen, Fundamente und Ähnliches. Je nachdem, welche Fläche das betrifft, ist eine Freistellung von den Altlasten machbar; das ist ganz wesentlich. Andernfalls würden wir überhaupt keine Ansiedlung am Standort realisieren können. Denn das, was man hier im Boden findet, ist wirklich unerfreulich; daher ist die Abfederung dieses Risikos über die Altlastenfreistellung nötig. In diesem Zusammenhang gibt es noch einiges zu tun; wir setzen auch viele Maßnahmen um; hierfür sind wir im Land gut aufgestellt.

Abg. Hannes Loth (AfD): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie Strom produzieren und auch einkaufen. Mir stellt sich die Frage nach der Strombilanz zwischen importierten und exportierten Strom. Sie sagten auch, eine Zusatzfeuerung sei in dem neuen Kraftwerk geplant. Was wird dabei zusätzlich verfeuert?

Sie kümmern sich auch um das Abwasser, ja? Sind an die Leitungen auch die privaten Haushalte über den AZV angeschlossen? Wie hoch ist in diesem Fall die Einleitgebühr?

Sie sprachen auch an, dass ein guter Standortfaktor die guten vorhandenen Fachkräfte seien. Woher kommen diese Fachkräfte, allein aus der Hochschule Merseburg, oder

auch aus anderen Regionen? Mich würde die grundsätzliche Ausbildungssituation interessieren, nicht nur im Hinblick auf die Studenten.

Dr. Christof Günther: Zur Strombilanz. Diese variiert dramatisch je nach Betriebs- und Marktsituation. Das heißt, an einem sonnigen Sonntag kaufen wir einen Anteil von 70 % unseres Strombedarfs ein; einen Anteil von 30 % erzeugen wir intern. An einem windstillen Werktag ohne Sonne mit tiefen Temperaturen erzeugen wir mehr als 100 % des Standortbedarfs und exportieren. Diese Situation stellt sich immer marktabhängig dar und ist auch abhängig von der Betriebssituation. Es gibt diese typischen Situation, wie ich sie gerade beschrieben habe, aber auch andere Situationen. Insofern kann eine grundsätzliche Bilanz an diese Stelle nicht aufgestellt werden.

Zur Frage der Zusatzbefeuerung. Die Anlagen sind erdgasbefeuert. Das heißt, die Gasturbine wird mit Erdgas befeuert und auch die Zusatzfeuerung erfolgt mit Erdgas.

Zur Frage nach dem Wasser- und Abwasser. Wir beliefern die Stadt Leuna mit Trinkwasser und wir beliefern auch Teile der Stadt Merseburg mit Trinkwasser. Die Abwasserentsorgung realisieren wir nur für den Chemiestandort. Wir haben 300 000 Einwohnereinheiten in unserer zentralen Abwasserbehandlungsanlage; das ist eine sehr große Anlage; die aber nur die Abwässer des Chemiestandes aufnimmt. Für die Abwässer der Haushalte in der Region gibt es andere Abwasserbeseitigungen.

Das Trinkwasser, das wir in Leuna und auch an die Midewa GmbH in Merseburg verkaufen, verkaufen wir zu sehr günstigen Preisen. Das ist für die Stadtwerke Leuna und auch für die Midewa erfreulich.

Schließlich zu der Frage der Fachkräfte. Das ist ein breites Feld. Ich habe gesagt, wir haben zu wenige Industriearbeitsplätze; eigentlich müssten noch viel mehr vorhanden sein. Wir alle wissen, wie sehr diese Region ausgeblutet ist und das die Menschen ihre Heimat verlassen mussten, weil sie keine berufliche Perspektive mehr fanden. Ich freue mich jedes Mal, wenn die Menschen, die abgewandert sind, zurückkommen, weil sie gerade bei der InfraLeuna einen attraktiven Arbeitsplatz gefunden haben. Dafür gibt es viele Beispiele. Die Menschen sind nicht nach Stuttgart umgezogen, weil dort die Mieten so günstig sind oder aus irgendwelchen anderen Gründe, sondern weil sie dort einen Job gefunden haben, den sie hier nicht gefunden haben.

Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Jobs zu kreieren, damit die Leute auch wieder zurückkommen. Sie kommen nicht zurück, weil sie bei DHL auf dem erweiterten Hub Päckchen umladen wollen; niemand kommt wegen eines solchen Jobs zurück. Unsere Perspektive muss es sein, gut bezahlte Industriearbeitsplätze zu schaffen. Dann wird diese Region auch florieren. Es muss auch wirtschaftspolitisch einiges justiert werden. Ein Logistiklager nach dem anderen hilft uns überhaupt nicht. Dadurch werden keine Jobs geschaffen, die ernsthaft jemand annehmen möchte. Wir brauchen hier die fair bezahl-

te Jobs, die es interessant machen, dass es Menschen, die in Stuttgart wohnen, als attraktiv beurteilen, hierher zurückkommen, familiäre Kontakte mitunter vorfinden, sich hier ein Haus leisten können, das sie in Stuttgart niemals bezahlen könnten. Das ist ein wichtiger Punkt.

Wir arbeiten sehr eng mit der Hochschule Merseburg zusammen. Das ist eine sehr gute Kooperation. Ich bin Vorsitzender des Hochschulkuratoriums. Das ist eine gute Institution für uns, die auch industrieorientiert arbeitet; das ist ganz wichtig. Zudem gibt es in Leuna die Bildungsakademie, die für die Zwecke des Chemiestandortes gut aufgestellt ist in den Bereichen Fortbildungen und Umschulungen. Fast alle hier ansässigen Industriebetriebe bilden aus und bieten gute Konditionen, die es auch für Azubis attraktiv machen, hier eine Ausbildung aufzunehmen. Die Azubis im Chemiebereich erhalten eine Vergütung in Höhe von 1 000 €. Insofern sind wir an dieser Stelle gut aufgestellt. Diejenigen, die am Standort eine gute Ausbildung genossen haben, haben auch gute Beschäftigungsperspektiven. Das ist also schon ein attraktives Umfeld.

Unsere Aufgabe sehe ich darin, in diesem Bereich noch viel mehr zu tun, um als Magnet zu wirken, um die gesamte Region zu befördern. Die Voraussetzungen dafür sind gut.

Abg. Detlef Gürth (CDU): Für die noch benötigten guten Industriearbeitsplätze sind weitere Investitionen nötig. Dafür bedarf es auch klarer Aussagen in Sachen Versorgungssicherheit und Preise, was die Energie betrifft; das ist ein wesentliches Kriterium für diesen Standort. Vor dem Hintergrund, dass die Grundlast nach und nach abgeschaltet wird, weil die zwei Primärquellen politisch bestimmt nicht mehr benutzt werden sollen, frage ich mich, woher die Grundlast kommt, die auch hier benötigt wird. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Volatilität stellt sich die Frage, wer an diesem Standort das Lastenmanagement realisiert.

Dr. Christof Günther: Das Lastmanagement in Leuna realisiert die InfraLeuna GmbH. Wir betreiben seit Jahrzehnten auch das, was man als Smart Grid in der öffentlichen Diskussion nunmehr bezeichnet. Wir wissen von unseren Verbrauchern zu jeder Minute, wie viel Strom sie verbrauchen, erhalten auch Prognosen, wenn es deutliche Abweichungen dabei geben sollte, und können dann alles durch die bereits beschriebenen flexiblen Kraftwerkskapazitäten sehr gut ausgleichen. Das heißt, die Netzführung in Leuna funktioniert schon seit vielen Jahren auf einem Niveau, von dem man andernorts eher träumen kann. Verstärkt wird in der jüngeren Zeit durch die InfraLeuna die Netzstabilisierung über diesen Standort hinaus realisiert. Die von Ihnen angesprochenen fehlenden planbaren Kapazitäten, die nicht wetterabhängig sind, werden zunehmend kompensiert durch diesen Standort, der dann wie ein großer Puffer wirkt in der Situation, in der zu viel Strom vorhanden ist, weil sich die Mühlen alle drehen, aber niemand den Strom braucht. Wir nehmen den Strom auf, weil wir die Kraftwerke zu-

rückfahren können. In einer Situation, in der Strom fehlt, weil sich die Windmühlen nicht drehen, speisen wir Strom ein und stabilisieren somit das Netz.

Wir machen das nicht nur aus Sympathie für die Netzkunden und für die Netzkollegen, sondern auch, weil das wirtschaftlich sinnvoll ist.

Auch viele meiner Kollegen haben gesagt, unsere Investition in ein Erdgaskraftwerk sei ganz schön mutig; denn nachdem nun die Energiegewinnung aus Kohle und Atomenergie abgeschafft werde, werde im nächsten Schritt die Energiegewinnung aus Erdgas abgeschafft. Dazu kann ich nur sagen: Wenn wir unsere Versorgung von wetterabhängigen Erzeugern abhängig machen wollen und auf fossile Energieträger verzichten wollen, dann geht dies nur, wenn große Speicher zur Verfügung stehen. Derart große Speicher sind jedoch noch nicht in Sicht, sie sind auch nicht auf die Lebensdauer dieses neuen Kraftwerks in Sicht. Deswegen bin ich davon überzeugt, dass das Kraftwerk benötigt wird und dass es auch eine wirtschaftliche Perspektive hat.

Wie versteht man Grundlast? - Wir brauchen künftig sicherlich keine Kraftwerke, die permanent, wie in der Atomenergieära üblich, Strom produzieren, unabhängig davon, wie sich der Verbrauch darstellt und wie die Einspeisung von erneuerbaren Energien erfolgt. Wir brauchen flexible Kraftwerke, die zum Einsatz kommen, wenn die wetterabhängigen Erzeugungsmöglichkeiten nicht genutzt werden können. Wenn diese Kraftwerke planbar sein sollen, muss Erdgas eingesetzt werden. Wenn wir diese Flexibilität erreichen, dann funktioniert das System.

Abg. Hendrik Lange (DIE LINKE): Sie haben ausgeführt, welche Umsätze am Standort realisiert werden. Gibt es eine Berechnung, welchen Output der Chemiepark insgesamt für die Region hat? In Halle haben wir das einmal für die Stadtwerke berechnet. Es hat sich ergeben, dass jeder Euro, den die Stadtwerke umsetzen, ein Vielfaches in der Stadt bzw. Region bewegt. Gibt es solche Berechnungen auch für den Standort Leuna?

Dr. Christof Günther: Derartige Studien gibt es immer einmal wieder, um zu belegen, wie bedeutsam auch einzelne Investitionen für die ganze Region sind. Die Zahlen dabei variieren zwar, aber es zeigen sich Größenordnungen, nach denen ein Arbeitsplatz in der Chemie in Leuna drei bis fünf Arbeitsplätze in der Region mit sich bringt, und zwar unter anderem bei Dienstleistern, die sich um die Anlagen kümmern, im Bereich der Infrastruktur sowie in den Bereichen Leben, Wohnen, Versorgung usw.

Vorsitzender Jürgen Barth: Es gab viele Fragen an den Vertreter der InfraLeuna. Wir hätten vielleicht ein bisschen mehr Zeit für die Vorstellung des Unternehmens einplanen sollen, aber das war leider nicht möglich. Vielen Dank für die Präsentation. Wir wünschen für die Zukunft viel Erfolg. Ich denke, auch in der nächsten Legislaturperiode

werden die Projekte in Leuna so interessant sein, dass sich die Abgeordneten vor Ort erneut darüber informieren.

Dr. Christof Günther: Ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit und für Ihr großes Interesse. Das hat mich sehr gefreut. Es ist uns eine Ehre, dass Sie heute hier sind. Wir brauchen den engen Austausch mit Ihnen; das ist für uns sehr wertvoll. Ich freue mich auf die künftige Zusammenarbeit.

Die **Ausschüsse** erklären die Behandlung des Selbstbefassungsantrags in ADrs. 7/UMW/88 für erledigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Bilanz des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie über die Arbeit im Jahr 2020 und Ausblick auf das Jahr 2021 im Rahmen der Durchführung des Jahresabschlussgespräches

Selbstbefassung Ausschuss für Umwelt und Energie - **ADrs. 7/UMW/87**

Die Ausschüsse für Umwelt und Energie sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sind auf Anregung des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie darin übereingekommen, das Jahresabschlussgespräch im Rahmen der Selbstbefassung in der heutigen Sitzung durchzuführen.

Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert (MULE) berichtet, die Folgen der Klimakrise hätten sich im Land seit dem Winter 2017/2018 für die Landwirtschaft und die Umwelt sehr negativ dargestellt hat. Zu erinnern sei an die Stürme im Winter 2017/2018. Hier-nach folgten das wärmste und das zweitwärmste Jahr. Im Jahr 2020 stellten sich erneut Probleme im Zusammenhang mit hohen Temperaturen und großer Trockenheit. Im Jahr 2018 seien der Landwirtschaft Hilfestellungen, die durch Steuermittel finanziert worden, gewährt worden. Auch wenn in 2020 die Ernteerträge nicht in den Dimensionen wie in den beiden Vorjahren ausgefallen seien und hierbei eine regionale Differenziertheit auszumachen sei, seien deutliche Einbuße zu verzeichnen gewesen; somit kumulierten sich die Mindererträge für die Landwirtschaft.

Über die Lage in der Forstwirtschaft sei in den Ausschüssen bereits intensiv debattiert worden. Seit April 2018 seien die Bodenwasservorräte, von denen die Bäume letztlich lebten, nicht mehr aufgefüllt worden. Auch wenn im November 2020 ein leichter Anstieg der Niederschläge zu verzeichnen gewesen sei, sei ein Auffüllen der Bodenwasservorräte damit nicht erfolgt. Insofern sei davon auszugehen, dass die prekäre Situation der Wälder fortbestehen werde. Im Haushaltplan seien Mittel zur Förderung der Forstwirtschaft in Höhe von 20 Millionen € eingestellt worden.

Zudem habe die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt einen Bestandszieltypenkatalog für die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer in Sachsen-Anhalts aufgelegt. Hierbei handele es sich um eine sehr detaillierte Handreichung, in der wissenschaftliche Empfehlungen der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt, die auch Autorin dieses Bestandszieltypenkatalogs sei, aufgezeigt seien und in der Aussagen zur Fünf-Baumarten-Strategie, mit der eine Risikostreuung im Bereich der Forstwirtschaft verfolgt werde, enthalten seien. Bei dieser Strategie spielten die Baumarten Eiche und Buche eine große Rolle; allerdings sei der Frage nachzugehen, welche Baumarten als die der Zukunft angesehen würden. Die Empfehlungen der Nordwestdeutschen Forstli-

chen Versuchsanstalt würden von den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sehr positiv aufgenommen und als tatsächliche Hilfe und Unterstützung erlebt.

Im öffentlichen Fokus stünden unter anderem die Problemlagen im Zusammenhang mit dem Fichtenbestand vor allem im Harz; die Kiefernbestände am Ostrand des Landes seien jedoch ebenso stark betroffen. Zu verweisen sei hierzu auf den vor wenigen Tagen vorgestellten Waldzustandsbericht des Landes, der auf den Internetseiten des MULE abgerufen werden könne.

Im Bereich Umwelt habe in der jüngsten Vergangenheit die Ausweisung des Grünen Bandes im Fokus gestanden. Die Ausschreibung des Pflege-, Entwicklungs- und Informationsplans sei nunmehr erfolgt; die Angebotsfrist ende am 11. Januar 2021. Am 1. Februar 2021 werde die Staatssekretärskonferenz unterrichtet. In der zweiten Februarwoche werde sich, so die Absprache mit dem Vorsitzenden, der Umweltausschuss hiermit befassen und am 17. Februar 2021 werde der Finanzausschuss beteiligt, so dass am 11. März 2021 der Zuschlag für die Erarbeitung des Pflege-, Entwicklungs- und Informationsplans für das Grüne Band erteilt werden könne. Ferner sei ein Fachbeirat für das Grüne Band eingerichtet worden, wie es auch gesetzlich vorgesehen gewesen sei. Ein entsprechender Verordnungsentwurf liege derzeit zur Mitzeichnung beim Justizministerium. Seit Mai 2020 gelte außerdem eine Kennzeichnungsverordnung für das Grüne Band. Inzwischen liege auch ein Flyer vor, den das MULE zusammen mit dem Kulturministerium in Zusammenarbeit mit der IMG erarbeitet habe, in dem spezielle Interessenspunkte der Natur, der Geschichte und der Erinnerungskultur entlang des Grünen Bandes dargestellt seien; dieser Flyer sei auch im Internet einsehbar. Um das Grüne Band noch stärker in das öffentliche Interesse zu rücken, sei beginnend am 3. Oktober 2020 eine Wanderaktion initiiert worden.

Die Ministerin fährt fort, der Haushaltsgesetzgeber habe für das Jahr 2020 Mittel in Höhe von 5 Millionen € für die Artensortförderung zur Verfügung gestellt. Insgesamt seien 165 Anträge auf Förderungen in diesem Bereich eingegangen, von denen 93 mit einem Volumen von 4,9 Millionen € hätten bewilligt werden können; davon hätten 55 Vorhaben den Bereich Naturschutz und 21 Vorhaben den Bereich Gewässerschutz umfasst. In 17 Fällen seien Fördermittel für kombinierte Vorhaben der Artensortförderung beantragt und ausgereicht worden.

Neben der Artensortförderung, die den Fokus auf kleine Projekte lege, für die über die normalen Richtlinien keine Förderungen ausgereicht werden könnten und die auch kurzfristig umsetzbar seien, erfolge die Förderung des Naturschutzes im Rahmen des ELER. Im Jahr 2020 seien 9,5 Millionen € im Rahmen der ELER-Naturschutzförderung bewilligt worden. In der Förderperiode von 2014 bis 2020 seien insgesamt 125 Anträge gestellt worden, von denen 88 Anträge mit einem Volumen von 34 Millionen € bewilligt worden seien; das Land habe sich hieran mit 8,3 Millionen € beteiligt. Ein Beispiel für

ein mit ELER-Mitteln gefördertes Naturschutzprojekt sei die Reaktivierung der Dornburger Alten Elbe.

Ziel der Hochwasserschutzkonzeption sei es, alle Deiche im Land, die sich auf 1 350,6 km erstreckten, bis zum Jahr 2020 DIN-gerecht zu sanieren. Angesichts der Komplexität von Deichbauvorhaben sei es als Erfolg zu werten, dass lediglich ein Anteil von 4,2 % der Deiche derzeit noch nicht standsicher sei. Das Ministerium arbeite intensiv an der Umsetzung der noch zu realisierenden Projekte. Ein sogenanntes Anschlussprogramm zum Hochwasserschutz im Land mit dem Titel „Mehr Raum für unsere Flüsse“ sei mittlerweile auf den Weg gebracht worden. Eine neue Informationsbroschüre sei herausgegeben worden. Außerdem habe das Ministerium, das auch seinem Auftrag zur Bildung und Erziehung nachkommen wolle, ein Wimmelbild zum Thema „Hochwasser in Stadt und Land“ erstellen lassen, dem ein pädagogisches Begleitheft beiliege. Hiermit könnten Kinder in die Probleme und die Aufgaben des Hochwasserschutzes eingeführt werden. Dieses Wimmelbild inklusive Begleitheft sei an 601 Schulen und 1 786 Kita des Landes verteilt worden und werde in der heutigen Sitzung auch an die Mitglieder der Ausschüsse ausgereicht. Sofern Vereine oder andere Institutionen ebenfalls ein Interesse an diesem Wimmelbild hätten, könnten sie sich an die für die Öffentlichkeitsarbeit zuständige Stelle des MULE wenden.

Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert fährt fort, gute Ergebnisse seien durch den Selkebeirat und den Selkedialog erarbeitet worden. Zum Hochwasserrückhaltebecken Straßberg werde der Planfeststellungsbeschluss des Landesverwaltungsamtes im ersten Halbjahr 2021 erwartet. Die entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfung sei abgeschlossen. Im Ergebnis des Selkedialogs habe man sich darauf verständigt, sechs bis sieben Maßnahmen zu identifizieren, die quasi eine Alternative zum Hochwasserrückhaltebecken Meisdorf darstellen könnten oder zumindest zu dessen Verkleinerung führen könnten. Die Erarbeitung eines entsprechenden Portfolios sei europaweit ausgeschrieben worden. Zunächst hätten sich dabei Verzögerungen ergeben, weil ein unterlegener Bieter die Vergabekammer angerufen habe. Die Vergabe sei schließlich im Oktober 2020 erfolgt und der Zuschlagsempfänger erarbeite nunmehr ein Plan zu den im Selkedialog identifizierten Maßnahmen.

Um die mit dem Selkedialog gewonnene Transparenz und den Informationsfluss aufrechtzuerhalten, sei der Selkebeirat eingerichtet worden. Dieser tage zweimal im Jahr, so im Frühsommer 2020 und am 23. September 2020. Zu erwähnen sei in diesem Zusammenhang auch, dass am 4. September 2020 das Hochwasserrückhaltebecken an der Wipper eingeweiht worden sei.

Unterstützt von dem sehr guten Prozess und den sehr guten Ergebnis an der Selke sei auch in Kelbra, wo sich ebenfalls Konflikte im Zusammenhang mit dem Stausee ergäben hätten, ein runder Tisch eingerichtet worden, um eine gemeinsame Verständigung herbeizuführen. Dieser runde Tisch, an dem Vertreter der Fachverbände und der un-

terschiedlichen Interessensgruppen zusammenkämen, habe sich inzwischen etabliert. In Kelbra gehe es im Kern auch um die Evaluierung des Talsperrenplans, also der Talsperrensteuerung, die auf drei Jahre angelegt sei. Daher sei auch der runde Tisch Kelbra für drei Jahre angelegt worden. Die konstituierende Sitzung habe am 12. Oktober 2020 stattgefunden. Die für den 3. November 2020 geplante Sitzung sei aufgrund der Coronapandemie zunächst auf den 14. Dezember 2020 verschoben worden; aber auch diese Sitzung werde nicht stattfinden; ein solcher Konfliktdialog könne auch nicht per Videokonferenz oder anderen Formaten geführt werden. Insofern sei auf bessere Zeiten zu hoffen, in denen der runde Tisch in Kelbra zusammentreten könne.

Am Stausee Kelbra stehe nicht nur der Hochwasserschutz im Interesse, sondern auch die Ansammlung von Kranichen dort. Neben der Anstellung von zwei Rangern am Standort sei dort auch eine kleine Ausstellung eröffnet worden, die übergangsweise eine Art Anziehungspunkt darstellen solle. Insbesondere in der Kranichsaison sei an den Wochenende ein enormer Zustrom an Besuchern auch der Ausstellung auszumachen. Der LHW und auch der Talsperrenbetrieb seien sehr offen für die Bürger und Bürgerinnen und erlaubten auch ein Betreten des Damms, was nicht überall in Deutschland gestattet sei. Das Interesse der Menschen sei erfreulich; an der weiteren Entwicklung vor Ort beteilige sich auch das MULE. So sei der Bau eines Beobachtungsturms vorgesehen und auch die Einrichtung eines Kranichinformationszentrums werde vorbereitet. Zu der Errichtung des Kranichinformationszentrums werde es im nächsten Jahr einen Architektenwettbewerb geben.

Zum Naturschutz gehörten auch die Anlage und Pflege von Blühstreifen und Blühflächen. Mit Stand vom 24. November 2020 sei im Land eine Fläche von 3 111 ha Blühstreifen mit öffentlichen Mitteln gefördert worden. Daneben lege auch eine Reihe von landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen von privaten Initiativen Blühstreifen und Blühflächen an. Eine enorme Zunahme an Blühstreifenflächen im Land sei auszumachen.

Im Umweltbereich habe im ablaufenden Jahr verstärkt eine Befassung mit den Themen Abfallgesetz, Deponien und Abfallwirtschaftsplan stattgefunden.

Weiterhin sei die Ausweisung der Radonvorsorgegebiete thematisiert worden; diese sei nunmehr gemäß den Vorgaben von Bundesrecht in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden und Landkreisen erfolgt. Betroffen hiervon seien 15 Gemeinden im Ost- und Südharz.

Ein weiteres Schlaglicht im Umweltbereich sei das neue Umweltportal; auch hierzu habe eine Beratung im Ausschuss stattgefunden. Dabei sei auch die Frage nach dem Prinzip von Open Data erörtert worden. Im Umweltportal werde eine Vielzahl von Informationen, die nicht Eigentum des Landes seien, verlinkt; diese könnten nicht in Form von Open Data zur Verfügung gestellt werden. Der Teil der Informationen, der

dem Land gehöre und beispielsweise vom LAU zur Verfügung gestellt würden, solle zukünftig nach dem Prinzip von Open Data mit entsprechender Voranmeldung verfügbar sein.

Die Ministerin wendet sich dem Themenkomplex der Landwirtschaft zu. Sie führt hierzu aus, derzeit werde eine landwirtschaftliche Fläche von 110 000 ha ökologisch bewirtschaftet; dies entspreche einem Anteil von 9,5 %. Gemäß Koalitionsvertrag solle dieser Anteil mittelfristig auf 20 % erhöht werden; auf der EU-Ebene solle dieser Anteil 25 % betragen. Gemäß vorliegender Anträge werde sich im Jahr 2021 die ökologisch bewirtschaftete Fläche auf 119 000 ha vergrößern; dies entspreche einem Anteil von 10,2 % der landwirtschaftlich bewirtschafteten Fläche.

Zu erinnern sei für den Bereich daran, dass auch dank der Mitwirkung des Parlaments die Personenzusammenschlüsse alten Rechts aufgelöst worden seien.

Ferner sei beim Thema Tierschutz auf die Verleihung des Tierschutzpreises hinzuweisen. Im Jahr 2020 habe dabei die erfolgreiche Kinder- und Jugendarbeit im Fokus gestanden und es seien drei Tierschutzvereine ausgezeichnet worden, die sich besonders um die Nachwuchsgewinnung bemühten.

Besonders hervorzuheben sei die Landesarbeitsgruppe Sicherheitsvorkehrungen in Tierhaltungsanlagen. Diese beschäftige sich mit der Frage, wie Brände und andere Vorkommnisse in Tierhaltungsanlagen verhindert werden könnten und wie, sollte es dennoch dazu kommen, so frühzeitig eingeschritten werden könne, dass weniger Tiere zu Schaden kämen.

Nicht unerwähnt bleiben dürfe im Bereich Landwirtschaft auch das Junglandwirteprogramm. Die letzte Auswahl in diesem Jahr für entsprechende Förderungen werde noch im Dezember erfolgen. Insgesamt seien dann 63 Junglandwirte und Junglandwirtinnen im Land in der aktuellen Förderperiode gefördert worden. Im Jahr 2021 sollten erneut Mittel aufgewendet werden, sodass zehn weitere Bewilligungen ausgesprochen werden könnten. Für das Jahr 2022 solle im Rahmen des achten EPLR-Änderungsantrags erneut eine Förderung von weiteren Junglandwirtinnen und Junglandwirten erfolgen.

Eines der wichtigsten Projekte in der Landwirtschaft, das noch umgesetzt werden müsse, sei die Verabschiedung eines Agrarstrukturgesetzes. Es sei erfreulich, dass nunmehr ein ausgewogener Gesetzentwurf von den Abgeordneten von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erarbeitet worden sei. Eine Anhörung hierzu sei bereits vorgesehen. Insofern könne davon ausgegangen werden, dass dieses wichtige Vorhaben in dieser Legislaturperiode noch realisiert werden könne.

Zum Thema Wolf sei auf den entsprechenden Monitoringbericht, der unlängst im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt worden sei, zu verweisen.

Zur Entwicklung der ländlichen Räume sei auf die vielen Veranstaltungen, die geplant gewesen seien, aufgrund der Pandemielage jedoch nicht stattgefunden hätten, zu verweisen. Unter anderem habe ein Austausch zu diesem Thema bei sogenannten Heimatgesprächen und Heimatkonferenzen stattfinden sollen. Auch der Dorfwettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ habe im Jahr 2020 nicht in der üblichen Art und Weise stattfinden können. Lediglich die Landkreise Harz und Anhalt-Bitterfeld hätten einen entsprechenden Wettbewerb auf der Landkreisebene durchgeführt. Dank der Mittelbereitstellung durch den Haushaltsgesetzgeber habe den prämierten Dörfern eine Anerkennung überreicht werden können, und zwar eine Urkunde verbunden mit 700 €, die die Dörfer nach ihrem eigenen Gutdünken ausgeben könnten. Die in diesem Rahmen geförderten Projekte würden zusammengetragen und sollten anderen Dörfern als Inspiration dienen.

Im Rahmen der Förderung der Dorferneuerung und der Dorfentwicklung seien im Jahr 2020 56 Vorhaben mit einem Volumen von 2 Millionen € bewilligt worden. Das Netzwerk „Stadt-Land“, das zunächst auf die laufende Legislaturperiode angelegt gewesen sei, habe sehr aktiv gearbeitet. Am 28. August 2020 habe das Netzwerk eine Sommerakademie zum Thema „Dorfleben lebenswert“ veranstaltet und in diesem Rahmen sehr interessante Veranstaltung angeboten. Im September und im Oktober habe das Netzwerk zwei Bürgermeisterstammtische durchgeführt, an denen viele ehrenamtlich tätige Ortsbürgermeister teilgenommen hätten und diese Möglichkeit der Vernetzung und des Austausches sehr zu schätzen wüssten.

Im Rahmen des Programms LEADER seien im Jahr 2020 127 neue Projekte mit einer Förderung von insgesamt 7,8 Millionen € bewilligt worden. Im Bereich der Flurneuordnung seien im ablaufenden Jahr 369 Vorhaben mit einem Förderumfang von 17,9 Millionen € bewilligt worden.

Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert fährt fort, am 3. Juli dieses Jahres seien das Kohleausstiegsgesetz und das Strukturstärkungsgesetz beschlossen worden. Damit einher gingen Zuweisungen an die sogenannten Ausstiegsländer in Höhe von insgesamt 40 Milliarden €. Sachsen-Anhalt erhalte davon einen Anteil in Höhe von 4,8 Milliarden €; der sich wiederum aufteile in einen sogenannten Bundesarm in Höhe von 3,12 Milliarden € und in einen sogenannten Länderarm in Höhe von 1,68 Milliarden €. Die seitens des Ministerpräsidenten und seiner Stellvertreterin vorgesehenen Bürgerdialoge im Land, bei denen der Ausstiegsprozess habe vorgestellt werden sollen, seien aufgrund der Coronalage leider vorerst abgesagt worden.

Zentrale Projekte in Sachsen-Anhalt, die mit dem Strukturwandel einhergingen, seien zum einen die Ansiedlung des Kompetenzzentrum Wärmewende in Halle. Hierbei handle es sich um ein Vorhaben der Deutschen Energieagentur, Dena. Enge Arbeitskontakte zwischen der Stadt Halle, den Stadtwerken Halle und dem MULE zur Umsetzung dieses Projekts seien bereits aufgebaut worden. Zunächst seien für die Besetzung die-

ses Kompetenzzentrums Wärmewende fünf VZÄ angedacht; zukünftig solle eine Ausstattung mit 30 VZÄ vorgesehen werden. Dass sich Sachsen-Anhalt im Wettbewerb unter den Bundesländern um die Ansiedlung dieses Kompetenzzentrums habe hervor tun können, sei auch darauf zurückzuführen, dass das Land unter anderem bei der Generierung von Modellprojekten zur erneuerbaren Wärme sehr gute Entwicklungen aufweise und andere Regionen in Deutschland hiervon durchaus profitieren könnten.

Ein weiteres Projekt im Zusammenhang mit dem Strukturwandel sei die Einrichtung eines neuen Referats im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie. Zu dessen Aufgaben gehörten unter anderem die Umsetzung der Förderrichtlinien, die Erarbeitung des Strukturentwicklungsplans, die Etablierung einer treibhausgasneutralen Energiewirtschaft sowie die Unterstützung der öffentlichen Träger.

Ferner sei in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit auf das Revier in Mansfeld-Südharz zu lenken. Der Landkreis Mansfeld-Südharz gehöre im Gegensatz zum Saalekreis nicht zu den begünstigten Landkreisen und habe den Strukturwandel noch nicht erfolgreich bewältigt. Deswegen war es ein besonderes Anliegen, auch ein Leuchtturmprojekt für Mansfeld-Südharz zu entwickeln, und zwar den Innovationhub Holz, zumal die Holz- und Forstwirtschaft eine Stärke in Mansfeld-Südharz sei. Zur Realisierung dieses Innovationshubs Holz würden derzeit Ideen entwickelt. Am 10. Dezember 2020 werde dazu eine Auftaktveranstaltung mit Akteurinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Bereichen stattfinden. Im Rahmen dieser Auftaktveranstaltung solle auch ein Letter of Intent mit dem Landkreis unterzeichnet werden.

Der Vertreter der InfraLeuna GmbH habe unter Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Sitzung den Themenkomplex Wasserstoff angesprochen. Es sei wichtig, Wasserstoff an den Stellen einzusetzen, an denen dies effizient sei. Genau dieser Frage gehe das Weißbuch Wasserstoff nach. Derzeit liege hierzu lediglich ein sogenanntes Grünbuch vor, das im September 2020 veröffentlicht worden sei, in dem unter Beteiligung aller Akteure die Frage des effizienten Einsatzes von Wasserstoff untersucht worden sei. Dabei gehe es auch um die Fragestellung, wie viel grüner Wasserstoff benötigt werde und in welchem Maße erneuerbare Energien für dessen Erzeugung eingesetzt werden müssten. Das Weißbuch, das aus dem derzeit vorliegenden Grünbuch und den Rückmeldungen dazu entstehe, solle Anfang 2021 fertiggestellt werden.

Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert kommt auf den Ausbau der Windenergie zu sprechen. Sie führt hierzu aus, wie bekannt, bevorzuge sie in diesem Zusammenhang die Außenbereichsabgabe und bewerte die vom Bundeswirtschaftsminister vorgesehene kommunale Beteiligung als nicht hilfreich, da diese nur unter großem bürokratischem Aufwand zu händeln sei und auch nur die Kommunen davon profitierten, auf deren Gebiet sich die jeweilige Anlage befinde. In der Folge könne der Fall eintreten, dass eine Anlage an den Rand der Kommune erbaut werde, der Schlagschatten aber eine benach-

barte Kommune treffe, die von der Beteiligung nicht profitiere. Die Diskussionen über diese Problemstellung dauerten nach wie vor an.

Positiv zu würdigen sei das Förderprogramm „Sachsen-Anhalt Energie“, mit dem kleinere und mittlere Unternehmen gefördert würden, wenn sie in ihre Energieeffizienz investierten. In der Förderperiode von 2014 bis 2020 habe hierfür ein Budget in Höhe von 47,1 Millionen € zur Verfügung gestanden. Fördermittel in Höhe von 31,3 Millionen € seien bereits bewilligt worden. Für die noch auszureichenden Mittel in Höhe von 11,4 Millionen € müssten die vorliegenden Anträge seitens der Investitionsbank noch abgearbeitet werden. Mit den darüber hinaus noch verfügbaren Mitteln in Höhe von 4,4 Millionen € könnten weitere Vorhaben in diesem Bereich gefördert werden. Durch die bereits 248 geförderten Vorhaben könne eine Menge von 14 000 t CO₂ pro Jahr eingespart werden.

Ebenso erfolgreich sei das Förderprogramm „Fotovoltaik für Wohnhäuser“. Hiermit werde auch der Aufbau von Speicherkapazitäten gefördert; damit könne letztlich auch zur Netzstabilität beigetragen werden. Bis zum Jahr 2021 stünden für dieses Programm Fördermittel in Höhe von insgesamt 1,21 Millionen € zur Verfügung; bisher seien 434 entsprechende Anlagen gefördert worden. Eingedenk der noch vorliegenden Anträge, die noch bearbeitet werden müssten, könne mit diesem Programm bis zum Jahr 2021 eine Speicherkapazität von ungefähr 3 000 kWh gefördert und eine Installationskapazität von 3 700 kWp erreicht werden.

Im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung sei in ein Curriculum bzw. in ein neues Leitbild investiert worden. Eine Stelle zur Koordinierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung sei geschaffen worden. Eine Webseite mit einer Subdomain im Landesportal werde derzeit erarbeitet. Zur Zertifizierung der Projekte in diesem Bereich sei eine Vereinbarung mit den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern unterzeichnet worden zur Nutzung des Zertifizierungssystems „NUN - Norddeutsch und Nachhaltig“.

Das Kabinett habe sich auf die Fortschreibung des Klima- und Energiekonzepts Sachsen-Anhalts ab 2022 verständigt. Dies sei erfreulich. Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie sei im Rahmen des European Research and Innovation Network eingeladen, das KEK der Europäischen Kommission vorzustellen.

Auf Nachfragen des **Abg. Hannes Loth (AfD)** antwortet **Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert (MULE)**, das Befahren von Deichen und Deichschutzstreifen mit Elektrofahrzeugen sei in Sachsen-Anhalt gestattet.

Für die Finanzierung eines Forschungsprojekts zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners im Drömling seien Mittel beantragt worden; eine Zustimmung des Ausschusses für Finanzen stehe noch aus.

Ob eine energetische Nutzung von vermehrt auftretendem Schadholz in den Wäldern erfolge, obliege grundsätzlich der Entscheidung des Waldbesitzes; das Ministerium könne lediglich aufzeigen, welche Kraftwerke hierfür eine Genehmigung hätten. Die energetische Verwertung sei im Sinne der Kreislaufwirtschaft und der Kaskadennutzung nicht unbedingt zu favorisieren, stelle aber eine wirtschaftliche Möglichkeit der Verwertung im Wertschöpfungskreislauf dar. Hinzuweisen sei in diesem Zusammenhang auch auf das von der Firma UPM Biochemical GmbH in Leuna geplante Projekt, bei dem Buchenholz eingesetzt werde. Der Landesforstbetrieb habe den Verkauf von Holz, das bei der Durchforstung entstehe, an UPM vertraglich vereinbart.

UPM erforsche derzeit, ob neben Buchenholz auch anderes Holz für ihre Produktionsprozesse verwendet werden könne. Die in diesem Prozess erzeugten Produkte, wie Getränkeflaschen, seien im Übrigen auch wieder recycelbar. Es entstehe also ein Kreislaufprozess, bei dem aus dem anfallenden Holz zum Beispiel Plastik hergestellt werde, das dann wieder in den Recyclingkreislauf gehe.

Vorsitzender Jürgen Barth ist in diesem Zusammenhang interessiert zu erfahren, ob es zukünftig nicht mehr gestattet sei, Restholz aus dem Wald zur Befuerung privater Kamine zu nutzen.

Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert (MULE) weist erneut darauf hin, dass letztlich der Holzbesitzer darüber entscheide.

Auf eine Frage der **Abg. Silke Schindler (SPD)** hin lässt **Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert (MULE)** wissen, zu der am Stausee Kelbra geplanten Errichtung eines Besichtigungsturm führe der Talsperrenbetrieb derzeit einen Architektenwettbewerb durch. Über die Bereitstellung von Mitteln zur konkreten Umsetzung des Projektes entscheide der Gesetzgeber im Zuge der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2022/2023.

Abg. Silke Schindler (SPD) kommt auf ein Schreiben des ehemaligen Kuratoriums „Naturmonument Grünes Band Sachsen-Anhalt“, das dem Ausschuss per 23. November 2020 (Vorlage 59 zu Drs. 7/4507) zugegangen sei, zu sprechen. Darin, so zeigt sie auf, sei dargestellt, dass trotz der geltenden Kennzeichnungsverordnung für das Grüne Band keine Verpflichtung bestehe, das Logo entsprechend zu verwenden. Ferner werde in dem Schreiben angemahnt, dass die Bereiche Naturschutz und Erinnerungskultur am Grünen Band bislang nicht koordinierend zusammengeführt worden seien.

Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert (MULE) bringt hierzu vor, es liege eine Verordnung zur Kennzeichnung und Beschilderung am Grünen Band vor; allerdings gebe es keinen Zwang zur Beschilderung. Ob diesbezüglich eine Anordnung zu erfolgen habe, sei noch zu klären; sie, Prof. Dr. Dalbert, stehe dem durchaus offen gegenüber.

Die Ministerin stellt heraus, überall am Grünen Band stünden Ansprechpartner zur Verfügung und eine koordinierende Stelle bei der SUNK, auf die eine zweite folgen sollte, sei geschaffen worden. Insofern weise die in dem Schreiben ausgedrückte Kritik an einer mangelnden Koordinierung aus ihrer, Prof. Dr. Dalberts, Sicht eher auf eine an einigen Stellen unzureichende Kommunikation hin. Hierzu sei daran erinnern, dass die koordinierende Stelle bei der SUNK eher dem Bereich Naturschutz zuzuordnen sei und nicht, wie es seitens des Kuratoriums ursprünglich gewünscht gewesen sei, dem Bereich der Erinnerungskultur. Insofern müsse auch für den Bereich Erinnerungskultur eine koordinierende Stelle geschaffen werden. Bei der Umsetzung konkreter Projekte erfolge nichtsdestotrotz eine gute Zusammenarbeit.

Die Ministerin sagt zu, das Schreiben des Ministeriums zur Beantwortung des Briefes des ehemaligen Kuratoriums „Naturmonument Grünes Band Sachsen-Anhalt“ vom 23. November 2020 dem Ausschuss zur Kenntnis zuzuleiten.

Abg. Detlef Gürth (CDU) zeigt auf, bereits seit mehr als fünf Jahren würden nunmehr Maßnahmen zur Hochwasserregulierung und auch zu Rückhaltebecken insbesondere in den Bereichen Meisdorf und Straßberg erörtert. Sämtliche Maßnahmen seien vom Ministerium und von den Bürgerinitiativen vorgestellt worden, Auswertungen durch die Fachplaner und Abwägungen hätten sich daran angeschlossen.

Angesichts dieses langen Zeitraumes müssten nun auch Entscheidungen für konkrete Maßnahmen getroffen werden; zumal es beim Hochwasserschutz um Leib, Leben und Gut gehe.

Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert (MULE) sagt hierzu, seit mehr als 20 Jahren seien aus ihrer Sicht keinerlei konkrete Vorhaben in diesem Bereich erfolgt. Am Beispiel des Selkedialogs habe sich nun gezeigt, dass mit der Vorgabe, eine Einigung innerhalb eines Jahres zu erzielen, Fortschritte erzielt werden könnten. Wie bereits ausgeführt, werde der Planfeststellungsbeschluss für das Hochwasserrückhaltebecken Straßberg im nächsten Jahr vorgelegt werden. Für das Rückhaltebecken in Meisdorf sei die Ausschreibung erfolgreich abgeschlossen worden. Insofern schritten die erforderlichen Prozesse durchaus voran.

Die **Ausschüsse** erklären die Behandlung des Selbstbefassungsantrags in ADrs. 7/UMW/87 für erledigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Schreiben des ehemaligen Kuratoriums „Naturmonument Grünes Band Sachsen-Anhalt“

Vorsitzender Jürgen Barth teilt mit, das in der **Vorlage 59 zu Drs. 7/4507** verteilte Schreiben des ehemaligen Kuratoriums „Naturmonument Grünes Band Sachsen-Anhalt“ vom 23. November 2020 werde, nachdem eine Information des Ministeriums vorliege, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Energie thematisiert.

Nächste Sitzungen

Vorsitzender Jürgen Barth lässt wissen, die nächste Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werde am 13. Januar 2021 um 13 Uhr in Magdeburg stattfinden; in dieser werde der Ausschuss eine Anhörung zum Entwurf eines Agrarstrukturgesetzes Sachsen-Anhalt (Drs. 7/6804) durchführen.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie werde ebenfalls am 13. Januar 2021 ab 10 Uhr tagen, zur Tagesordnung dieser Sitzung würden sich die umweltpolitischen Sprecher der Fraktionen am Rande der nächsten Landtagssitzung verständigen.

Abg. Daniel Roi (AfD) möchte wissen, inwieweit die Öffentlichkeit der Beratung des Selbstbefassungsantrags zur Geruchsemissionen durch die Firma Progroup Paper PM3 GmbH in Sandersdorf-Brehna (ADrs. 7/UMW/90), die in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie vorgesehen sei, gewährleistet werden könne und ob hieran auch Vertreter der Bürgerinitiative teilnehmen könnten.

Vorsitzender Jürgen Barth sagt, eine Öffentlichkeit der Sitzung sei gegeben, unter anderem dadurch, dass die Sitzung im Foyer des Landtagsgebäudes per Livestream verfolgt werden könne. Sofern es sich um lediglich einen Vertreter der Bürgerinitiative handele, liege es in seinem, Barths, Ermessen, diesem die Teilnahme an der Sitzung zu ermöglichen und ihm auch ein Rederecht einzuräumen.

*

Abg. Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) bemängelt, dass auf Niederschriften über vergangene Sitzungen der Ausschüsse für Umwelt und Energie sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nur unvollständig im Intranet des Landtages zugegriffen werden könne.

Schluss der Sitzung: 12:30 Uhr

Verteiler:

Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Energie
Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Präsidentin des Landtages
Direktor beim Landtag
Gesetzgebungs- und Beratungsdienst
Referentin/Referent der Fraktionen

Landesregierung
Staatskanzlei und Ministerien

Landesbeauftragter für den Datenschutz
Landesrechnungshof